

Grußwort zur Fachtagung „Empowerment und Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Bayern – Kommunale Integrationsprozesse nachhaltig gestalten“ am 19. März 2011 in Ansbach

von Mitra Sharifi Neystanak, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)

**Von Objekten zu Subjekten der Integrationspolitik –
Ein Plädoyer für bürgerschaftliches Engagement und eine partizipative Politik**

Sehr geehrte Mitglieder des Landtages,
sehr geehrter Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge,
sehr geehrter Präsident der Regierung von Mittelfranken,
sehr geehrte Bezirks- und Gemeinderäte,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus kommunalen Verwaltungen, Verbänden, Vereinen und Initiativen,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Ausländer-, Migranten- und Integrationsräten und -beiräten Bayerns,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie im Namen der bayerischen Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte zur heutigen Tagung im Schloss Ansbach herzlich begrüßen zu dürfen. Ich möchte mich ausdrücklich bei allen hauptamtlichen Vertreterinnen und Vertretern der Institutionen bedanken, dass Sie unserer Einladung an einem Samstag gefolgt sind. Wir wissen das als besonderes Engagement zu schätzen. Aber auch allen ehrenamtlichen Akteuren möchte ich danken, dass Sie heute, wahrscheinlich wie an so vielen Wochenenden, ihre Zeit und ihr Engagement einbringen. Danke an Sie alle. Danken möchte ich ebenfalls dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen für die Förderung unseres Projektes „Empowerment & Partizipation“ und die gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Regierung von Mittelfranken für die gastfreundliche Aufnahme der Tagung und die organisatorische Unterstützung.

Weiterhin möchte ich mich für die hoch engagierte und kompetente Arbeit unserer Projektkoordinatoren und –mitarbeiter bedanken, die die heutige Tagung organisiert haben, sowie allen Haupt- und Ehrenamtlichen, die mit unserem Projekt kooperieren und es voranbringen.

Das gemeinsame Projekt der LBE und der AGABY und diese Tagung sind eng mit der Arbeit beider Verbände verbunden. Für uns gesprochen entspricht es in hohem Maße den Zielen unserer Arbeitsgemeinschaft sowie der Arbeit der kommunalen Migrant*innenvertretungen. Denn Ziel des Projektes ist es, die Bedingungen dafür zu verbessern, dass Menschen mit eigener Migrationserfahrung oder Migrationshintergrund aktiv und als Akteure an gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen können und ihren Beitrag als engagierte Bürger*innen und Bürger für ein gemeinsames und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Bewohner dieses Landes leisten können.

Wir möchten Migrant*innen und Migranten und ihre Organisationen motivieren und mit konkreten Bildungs- und Beratungsangeboten stärken, sich selbstbewusst und kompetent einzumischen. Gleichzeitig wollen wir die Institutionen und Strukturen der Mehrheitsgesellschaft, und vor allem die hauptamtlichen Akteure auf kommunaler und Landesebene überzeugen und dabei unterstützen, Menschen mit Migrationshintergrund stärker, kontinuierlicher und strukturell mit einzubeziehen.

Damit möchten wir, meine Damen und Herren, nichts Geringeres als einen Paradigmenwechsel im staatlichen und gesellschaftlichen Integrationshandeln. Einen Paradigmenwechsel weg von einem abwehrenden und entmündigenden Umgang mit Migrant*innen und Migranten hin zu einer aktivierenden, demokratischen und partizipativen Gleichstellungspolitik für Menschen mit Migrationshintergrund.

Wenn wir uns das Integrationsgeschehen der letzten Jahrzehnte und vor allem den politischen Umgang damit anschauen, fällt neben einer weitgehenden Konzeptlosigkeit vor allem auf, dass Migration und Integration entweder als ordnungspolitische und restriktive Abwehrpolitik mit fast ausschließlichem Fokus auf die „Ausländergesetzgebung“ oder als paternalistischer Akt verstanden wurden. Ohne die Leistungen vieler Hilfsprojekte klein reden zu wollen, aber beiden Ansätzen ist eins gemein: Migranten werden zu einer passiven Rolle in einer asymmetrischen Hierarchie verurteilt. Mitreden, mitgestalten und mitbestimmen im demokratischen Sinne blieben die Ausnahme.

Zu einer demokratischen Gestaltung der Integrationsprozesse gibt es jedoch keine Alternative. Denn Integration kann leider, so gerne es manche Politiker auch hätten, weder administrativ und ordnungspolitisch von oben herab „befohlen“ noch mit einer durchaus gut gemeinten paternalistischen Haltung nach dem Motto „wir helfen den armen Migranten“ herbei gestreichelt werden.

Sicherlich bleibt die Forderung nach Wahlrecht als wichtigster Form demokratischer Partizipation für alle Menschen, die dauerhaft in dieser Gesellschaft leben, unsere wichtigste Forderung.

Aber auch andere Partizipationsformen im Sinne des zivilgesellschaftlichen Engagements sind und bleiben wichtige Ergänzungen zum Wahlrecht. Glücklicherweise wächst in den letzten Jahren das politische und gesellschaftliche Interesse an Migrantenorganisationen. Der Nationale Integrationsplan, der seit 2007 eine erste konzeptionelle Orientierung gibt, empfiehlt an verschiedenen Stellen die Mitwirkung von Migrantenorganisationen. Das Bundesweite Integrationsprogramm von 2010, ebenfalls unter Federführung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erarbeitet, empfiehlt unter anderem die Stärkung von Migrantenorganisationen auch als Akteure der Integrationsförderung.

Aber wer sind diese Migrantenorganisationen und welche Ressourcen haben sie? Können sie den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden? Was ist ihre Aufgabe? Welche Stärken und Schwächen haben sie? Sollen sie öffentlich gefördert werden? Wie sollen sie institutionell eingebunden werden? Wieso und wie sollen sie sich an der Integrationsarbeit beteiligen, obwohl die Verteilung öffentlicher Fördergelder so geregelt ist, dass sie kaum eine Chance haben, davon zu profitieren? Was muss sich ändern, dass bei bürgerschaftlich engagierten Menschen mit Migrationserfahrung oder –hintergrund nicht der frustrierende Eindruck entsteht, dass ihre Fachkompetenzen, ihre interkulturellen Kompetenzen als Sprach- und Kulturübersetzer, ihre Migrationserfahrungen und ihr Zugang zu Migrantennetzwerken von Projekten und Regeldiensten für eine erfolgreiche Durchführung von Integrationsmaßnahmen dringend benötigt werden, aber bitte nur ehrenamtlich, da ihre Qualifikationen nicht anerkannt werden oder weil die hauptamtlichen Stellen schon vor langer Zeit mit Fachkräften ohne diese Kompetenzen besetzt sind? Wie können Migranten und ihre Organisationen empowert werden, um selbstbewusst und kompetent auftreten und kooperieren zu können?

Zunehmend bewertet man die Arbeit der Selbsthilfestrukturen der Migranten in den Vereinen, die meist ethnisch organisiert sind, und sich um vielfältige Belange der Migranten im kulturellen, religiösen oder sportlichen Bereich kümmern, neu. Sicherlich gibt es auch einige wenige Vereine, bei denen eine Überprüfung ihrer demokratischen Gesinnung angebracht sein mag. Migrantenvereine werden jedoch nicht mehr pauschal und verallgemeinernd als „ethnische Parallelgesellschaften“ betrachtet, sondern zunehmend als integrationsfördernde Netzwerke und Selbsthilfestrukturen entdeckt, deren Erfahrungen,

deren Vertrauensvorschluss bei ihren Mitgliedern und deren kulturelle und sprachliche Ressourcen in der Kommunikation innerhalb einzelner Communities und Migrantenmilieus für die Förderung der Integration sehr wichtig sein können.

Eine weitere wichtige Form der Organisation von Migranten ist durch die Einrichtung von kommunalen Beiräten entstanden. Die einstigen Ausländerbeiräte, die von Kommunen zunächst berufen und später meist durch Urwahlen unter der ausländischen Bevölkerung als Beratungsgremien eingerichtet wurden, haben sich oftmals zur einzigen relevanten Migrantenorganisation in der Kommune entwickelt, die Ethnien-, Kulturen-, Religionen- und Parteienübergreifend organisiert ist und per Definition mit der kommunalen Verwaltung, aber auch Akteuren und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Mehrheitsgesellschaft zusammenarbeitet.

Zugegeben, der Grad ihrer Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse und deren Erfolg hängen von der jeweiligen Satzung, der Unterstützung durch die Verwaltung und die zur Verfügung gestellten finanziellen und personellen Ressourcen ab, ganz entscheidend aber auch vom persönlichen Engagement, den Kompetenzen und Ressourcen ihrer Mitglieder. Und auch wenn die geringe Wahlbeteiligung vor allem in den größeren Städten immer wieder Anlass zu Zweifeln an der demokratischen Legitimation der Beiräte gibt, ein demokratischerer Ersatz ist für sie nicht gefunden worden.

Die Erfahrung zeigt, dass sie eine wichtige Infrastruktur für eine partizipative kommunale Integrationsarbeit darstellen. Denn sie ermöglichen eine kontinuierliche und institutionalisierte Einbindung von Migrantinnen und Migranten, ihrem Wissen und ihren Erfahrungen sowie ihren Zugängen zu verschiedenen Migrantengruppen und ihren ethnischen Netzwerken. Sie wirken nebenbei als eine Art kommunalpolitische Schule. Viele Stadträtinnen und Stadträte mit Migrationshintergrund haben ihre ersten kommunalpolitischen Erfahrungen als Ausländerbeiräte gesammelt.

Wir beobachten zwar in den letzten Jahren ein wachsendes Interesse der Kommunen an der Einrichtung von neuen Beiräten und begleiten diese Bemühungen auch im Rahmen unseres Projektes. Eine gesetzliche Verankerung in der bayerischen Kommunalverfassung, wie dies etwa in Hessen und Nordrhein-Westfalen der Fall ist, die eine ähnlich große Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben, lässt hier immer noch auf sich warten. Innenminister Herrmann verweist trotz seines Lobes für die Arbeit der Beiräte auf das Kommunale Selbstbestimmungsrecht. Viele Kommunen versuchen deshalb immer wieder das Rad neu zu erfinden.

Auf Landesebene, meine Damen und Herren, sieht es aber schlechter aus. Eine institutionelle Anerkennung der AGABY analog zu den kommunalen Beiräten als Vertretung der Migranten auf Landesebene findet trotz der zunehmenden Anerkennung unserer Arbeit und unseres Engagements und einer Projektförderung nicht statt. Der vom Bayerischen Integrationsbeauftragten eingerichtete „Bayerische Integrationsrat“ entwickelt sich zwar langsam zu einem Fachforum, das zwar Herrn Neumeyer zuarbeiten darf, aber hinsichtlich seiner Legitimation, seiner Rechte aber auch Ressourcen weit hinter den kommunalen Entsprechungen bleibt.

AGABY und LBE haben sich mit ihrem Projekt zur Aufgabe gemacht, durch Fortbildungen und Beratungsangebote sowie Förderung von Austausch und Vernetzung die Effizienz der Arbeit in den Vereinsstrukturen und bei den Beiräten in Bayern zu verbessern und die Kommunen davon zu überzeugen bzw. dabei zu unterstützen, Integrationsprozesse partizipativ zu gestalten und Menschen mit Migrationshintergrund möglichst effizient und nachhaltig einzubinden.

Im Laufe des heutigen Tages werden Sie sich zu einzelnen Fragen in diesem Bereich informieren und austauschen können. Ich wünsche uns allen dabei gute Ergebnisse.

Bürgerschaftliches Engagement, meine Damen und Herren, kann aber nur dann stattfinden, wenn Einzelne sich zur Gemeinschaft zugehörig und damit für sie verantwortlich fühlen. So wäre neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen und einer interkulturellen Öffnung der Strukturen vor allem eins wichtig: Es muss Schluss sein, mit den öffentlichen Ausgrenzungsversuchen, mit jener Rhetorik und Politik, die uns gegenüber immer wieder mit gesetzlichen Verschärfungen und arroganten Drohgebärden kommen, die mit Blick auf bestimmte Wählerschichten immer wieder so tun, als ob man Migranten abwehren und die deutsche Gesellschaft, Kultur oder Sprache gegen sie verteidigen müsste. Es muss Schluss sein, mit rassistischer Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, denen man aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Kultur, Religion und bisweilen sogar wegen ihrer Gene die Integrations- und Bildungsfähigkeit abspricht. Es muss Schluss sein mit der Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Probleme. Migranten sind kein Schreckgespenst und Migration ist kein Horrorszenario. Dieses Land hat die Migranten früher gebraucht, braucht sie heute und wird sie auch in Zukunft brauchen. Auch die erste Generation der so genannten „Gastarbeiter“, der aufgrund ihrer teilweise mangelhaften Deutschkenntnisse pauschal eine Integrationsverweigerung unterstellt wird, hat ihre Jugend, Arbeitskraft und Gesundheit für dieses Land eingesetzt. Die große Mehrheit der Menschen mit Migrationsgeschichte leistet als Arbeiter und Angestellte, als Selbstständige und Unternehmer, als Ärzte und Ingenieure,

als Krankenschwestern und Köche, als Reinigungskräfte und Künstler, als Gewerkschafter und Eltern, als Nachbarn und Freunde, als Bürgerinnen und Bürger einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Reichtum dieser Gesellschaft. Sie tragen damit auch zur Zukunftsfähigkeit dieses Landes bei. Also lassen Sie uns gemeinsam für ein politisches und gesellschaftliches Klima sorgen, das Migrantinnen und Migranten als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft anerkennt, das die Demokratie stärkt und sie motiviert sich weiterhin für diese Gesellschaft zu engagieren.

Vielen Dank.